

# Sozietätsrecht

Handbuch für rechts-, steuer- und wirtschaftsberatende Gesellschaften

Bearbeitet von

Prof. Dr. Holger Peres, Klaus Senft, Dr. Christian Bitsch, Dr. André Depping, Arne Jeran, Dr. Jürgen Kunz,  
Dr. Gerald Peter Müller, Dr. Tanja Nitschke, Dr. Volker Posegga, Wolfram Rappl, Dr. Jürgen Schmid

3. Auflage 2015. Buch. XLI, 962 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 65363 6

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Vergütungsrecht, Kostenrecht, Berufsrecht > Berufsrecht, Kostenrecht Rechtsanwälte und Notare](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text "beck-shop.de" in a bold, red, sans-serif font. Above the "i" in "shop" are three red dots of increasing size. Below the main text, the words "DIE FACHBUCHHANDLUNG" are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Sozietätsrecht  
Handbuch für rechts-, steuer- und  
wirtschaftsberatende Gesellschaften

beck-shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# beck-shop.de Sozietätsrecht

Handbuch für rechts-, steuer-  
und wirtschaftsberatende Gesellschaften

Herausgegeben von

**Holger Peres und Klaus Senft**

Bearbeitet von

Dr. Christian Bitsch, Rechtsanwalt in Frankfurt/M.

Dr. André Depping, Rechtsanwalt in München

Arne Jeran, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht in München

Dr. Jürgen Kunz, Rechtsanwalt in Stuttgart

Dr. Gerald Peter Müller, Rechtsanwalt in Berlin

Dr. Tanja Nitschke, Rechtsanwältin in Karlsruhe

Prof. Dr. Holger Peres, Rechtsanwalt in München

Dr. Volker Posegga, Fachanwalt für Steuerrecht und  
Steuerberater in Frankfurt/M.

Dipl.-oec. Wolfram Rappl, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in München

Dr. Jürgen Schmid, Rechtsanwalt und Notar in Stuttgart

Klaus Senft, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht sowie Steuerrecht,  
Steuerberater in München

3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage  
2015



# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 65363 6

© 2015 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH,  
Neustädter Straße 1–4, 99947 Bad Langensalza  
Satz: Fotosatz Buck,  
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

# beck-shop.de

## Vorwort zur 3. Auflage

### DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seit Erscheinen der zweiten Auflage im Januar 2006 hat die Zusammenarbeit von Rechtsanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern in Sozietäten eine Reihe von wichtigen Gesetzes- und Rechtsprechungsänderungen erfahren.

Im Personengesellschaftsrecht hat der BGH seit 2007 die rechtlichen Grundsätze der Beschlussmängelkontrolle völlig neu gefasst. Mit Urteil vom 21.10.2014 – II ZR 84/13 hat er nach dem Bestimmtheitsgrundsatz nun auch die Kernbereichslehre aufgegeben. Die Neuauflage widmet den Gesellschaftsbeschlüssen ein eigenes Kapitel mit einer Übersicht zu den Folgen der neuen Rechtsprechung zu wichtigen Beschlussgegenständen in freiberuflichen Personengesellschaften.

Die Übertragung des Haftungskonzepts der handelsrechtlichen Personengesellschaften auf bürgerlich-rechtliche Erwerbsgesellschaften war für diese ein wichtiger Meilenstein. Die Angleichung des Organisationsrechts der freiberuflichen Sozietäten an dasjenige der OHG und der Partnerschaftsgesellschaften wäre wünschenswert. Anders als für diese wird die Einzelgeschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis bei freiberuflichen Sozietäten in allen Berufsangelegenheiten vom Rechtsverkehr nicht nur erwartet, sondern entspricht dem dynamischen Berufsbild der freien, insbesondere der rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe. Dies wird in der Neuauflage ausführlich begründet.

Zur Scheinsozietät sind seit der Voraufgabe eine Reihe richtungsweisender Entscheidungen des Bundesgerichtshofs und der Obergerichte ergangen. Dies erforderte eine intensive Überarbeitung und neue Systematisierung des Kapitels der Scheinsozietät sowie deren Abgrenzung von Duldungs- und Anscheinsvollmacht. Rechtspraktisch hat die „Scheinsozietät“ eine größere Bedeutung als die Scheingesellschaft im Übrigen. Das hängt unter anderem mit dem Wunsch des beruflichen Nachwuchses zusammen, möglichst schnell nach außen mit dem eigenen Namen in Erscheinung zu treten. Das Kapitel schafft Problembewusstsein und gibt dem Praktiker einen Leitfaden für die vielfältigen und zulässigen Erscheinungsformen von Scheinsozietäten und Scheinsozien und ihre spezifischen Praxis- und Rechtsfolgen.

Die Diskussion um die geeignete Organisationsform für eine gemeinschaftliche Berufsausübung wurde auch in den vergangenen Jahren innerhalb der rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe intensiv geführt. In der öffentlichen Wahrnehmung schien in jüngster Zeit die Limited Liability Partnership, jedenfalls für größere Kanzleien, das Rennen zu machen. Nach entsprechender Initiative verschiedener deutscher Großkanzleien hat der Gesetzgeber darauf reagiert und durch das „*Gesetz zur Einführung einer Partnerschaft mit beschränkter Berufshaftung*“ vom 15. Juli 2013 Rechtsanwälten, Steuerberatern, Patentanwälten, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfern und vereidigten Buchprüfern die Möglichkeit eröffnet, die Haftung für berufliche Fehler auf das Gesellschaftsvermögen der Partnerschaft zu beschränken.

Die hochgesteckten Erwartungen an die PartG mbB haben sich größtenteils erfüllt. Die neue Variante der Partnerschaftsgesellschaft vereint die Vorteile der flexiblen Struktur einer Personengesellschaft mit der Haftungsabschirmung einer Kapitalgesellschaft; sie ist derzeit die einzige Organisationsform im deutschen Personengesellschaftsrecht, die Freiberuflern einen angemessenen Schutz vor einer persönlichen Haftung bietet. Um dem Nutzer dieses Handbuchs bei der Entscheidung für oder gegen die neue Rechtsformvariante eine geeignete Hilfestellung zu geben, wird die PartG mbB ausführlich in einem eigenen Abschnitt dargestellt.

Neu geregelt wurde § 3 BORA, der innerhalb einer Sozietät die Vertretung widerstreitender Interessen bei angemessener Absicherung der anwaltlichen Verschwiegenheitspflichten durch Errichtung informationeller Sperren („Chinese Walls“) rechtlich erlaubt. Dies ist das Ergebnis einer Änderung der verfassungsrechtlichen Rechtsprechung. Das Prävarikationsverbot ist damit zwar grundsätzlich auf Sozietäten erstreckt, ist aber nach § 3 Abs. 2 S. 2 BORA für Sozietäten (nicht für den Einzelanwalt!) abdingbar. Dem Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen und der Verschwiegenheitspflicht widmet die Neuauflage im berufsrechtlichen Teil G eine ausführliche Darstellung.

Der Vorlagebeschluss des BGH vom 16.5.2013 – II ZB 7/11 zur professionellen Zusammenarbeit von Anwälten mit Ärzten und Apothekern könnte einen wichtigen Beitrag zur Liberalisierung des Berufsrechts leisten. Bisher sieht § 59a Abs. 1 BRAO nur den Zusammenschluss von Anwälten mit wirtschaftsberatenden Berufen vor. Dies hält der BGH für unvereinbar mit Art. 12 Abs. 1, Art. 9 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 1 GG. Der Vorlagebeschluss ist zu begrüßen, da Anwälte im Vergleich zu Wirtschaftsprüfern nicht benachteiligt werden dürfen, denen § 44 Abs. 1 WPO Sozietäten mit Heilberufen erlaubt. Hervorzuheben ist auch der Beschluss des BGH vom 15.7.2014 – II ZB 2/13 zur Zulässigkeit einer Steuerberatungs-GmbH & Co. KG. Nicht nur hier, sondern auch an vielen anderen Stellen zeigt sich, dass die Berufsordnungen der Rechtsanwälte, der Patentanwälte, der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer homogenisiert werden müssen. Sicherlich hat jeder der vorgenannten Berufe seine Besonderheiten, aber die zu konstatierende Zerfaserung und Zersplitterung der einzelnen Berufsrechte in allgemeinen Fragen der Organisation von Gesellschaften sozietätsfähiger Berufsträger ist nicht mehr zeitgerecht und birgt für interprofessionelle Sozietäten erhebliche Schwierigkeiten. Auf mögliche Stolpersteine für die interprofessionelle Zusammenarbeit wird jeweils hingewiesen.

Die **3. Auflage** erscheint unter neuer Herausgeberschaft und mit einem erheblich erweiterten Autorenteam. Sämtliche Abschnitte sind rechtlich aktualisiert und teilweise völlig neukonzipiert. Durch die zahlreichen neu hinzugekommenen Bearbeiter konnte das Spektrum der sozietätsrechtlichen Nebengebiete erweitert werden, da nur durch eine Gesamtschau und Verzahnung der einzelnen Gebiete sichergestellt werden kann, dass die vielfältigen Risiken im Umgang mit und bei Beratung von Zusammenschlüssen freier Berufe ausreichend Beachtung finden.

Durch eine neue Autorin vollständig neu und konsequent sozietätsrechtlich konzipiert wurde der stark erweiterte berufsrechtliche **Teil G**. Inkonsistenzen bezüglich der Zuordnungssubjekte berufsrechtlicher Regelungen und die Frage nach dem Bedarf eines sozietätsspezifisches Berufsrechts treten so, durch die gewählte Fokussierung, an den haftungsrelevanten Stellen für den Leser deutlich hervor.

Ungebrochen ist die Tendenz, dass Angehörige der wirtschaftsberatenden Berufe nicht gesellschaftsrechtlich miteinander verbunden tätig werden, sondern als Arbeitnehmer oder freie Mitarbeiter für eine Sozietät. Dieser Entwicklung trägt der neu eingefügte arbeitsrechtliche **Teil F** Rechnung. Dabei steht die Weisungsfreiheit von angestellten mandatsführenden Anwälten prinzipiell im Gleichklang mit der Geschäftsführungsbefugnis von Sozien und Partnern bei der Mandatsführung.

Die bewährte Gliederungsstruktur nach Rechtsbereichen und Organisationsformen ist in der Neuauflage beibehalten und durch ausführliche Musterverträge ergänzt. Zahlreiche Verweisungen innerhalb der einzelnen Teile ermöglichen es dem Leser, sich im gesamten Werk schnell zurechtzufinden und auch über komplexe Themen kurzfristig Überblick gewinnen zu können.

*Rechtsanwalt Dr. Christian Bitsch*

Beiten Burkhardt Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Frankfurt

*Rechtsanwalt Dr. André Depping M.L.E.*

Beiten Burkhardt Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, München

*Rechtsanwalt, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht Arne Jeran*

Senft & Kollegen Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, München

*Rechtsanwalt und Notar Dr. Jürgen Kunz*

Sozietät SK Schmid Kunz, Rechtsanwälte/Notare, Stuttgart

*Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht Dr. Gerald Peter Müller*

Beiten Burkhardt Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Berlin

*Rechtsanwältin Dr. Tanja Nitschke Mag. rer. publ.*

Stellvertretende Schriftleiterin Neue Juristische Wochenschrift (NJW)

Verlag C.H. BECK oHG, Frankfurt/M.

*Rechtsanwalt Prof. Dr. Holger Peres*

*Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/Oder*

Beiten Burkhardt Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, München

*Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und Steuerberater*

*Dipl. Finanzwirt Dr. Volker Posegga*

Leiter Unternehmensrecht der DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/M.

*Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Dipl.-oec. Wolfram Rappl*

Münchener Steuerrevisions- und Treuhand GmbH, München

*Rechtsanwalt und Notar Dr. Jürgen Schmid*

Sozietät SK Schmid Kunz, Rechtsanwälte/Notare, Stuttgart

*Rechtsanwalt, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht, Fachanwalt für*

*Steuerrecht und Steuerberater Klaus Senft*

Senft & Kollegen Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, München

Sachregister: Rechtsanwalt Günther R. Hagen, München/Schleching



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis .....	XI
Allgemeines Literaturverzeichnis .....	XXXVII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXIX

#### Teil A

##### Die Formen anwaltlicher Organisation in Überblick und Vergleich

§ 1 Begriff und Erscheinungsformen der Sozietät .....	1
§ 2 Steuerliche Grundsätze der Besteuerung und der Rechtsformwahl .....	20

#### Teil B

##### Vertragsrecht der Personengesellschaften

##### 1. Kapitel. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts

§ 3 (Notwendiger) Inhalt des Gesellschaftsvertrages .....	71
§ 4 Abschluss, Wirksamkeit, Auslegung und Anpassung von Sozietätsverträgen .....	92
§ 5 Gesellschaftsvermögen und Beteiligung .....	128
§ 6 Grundsätze der gemeinschaftlichen Berufsausübung, Mitwirkungspflichten der einzelnen Gesellschafter .....	138
§ 7 Geschäftsführung und Vertretung .....	161
§ 8 Gesellschafterbeschlüsse .....	233
§ 9 Dauer der Sozietät/Auflösung .....	281
§ 10 Ausscheiden aus der Gesellschaft .....	330
§ 11 Die Scheinsozietät .....	372
§ 12 Sozietätsvertrag .....	397

##### 2. Kapitel. Die GmbH & Co. KG

§ 13 Gesellschafts- und berufsrechtliche Fragen der Freiberufler GmbH & Co. KG .....	407
§ 14 Steuerrecht der Freiberufler-GmbH & Co. KG im Überblick .....	410

##### 3. Kapitel. Die Partnerschaftsgesellschaft

§ 15 Gründung .....	412
§ 16 Inhalt des Partnerschaftsvertrages .....	430
§ 17 Eintritt und Ausscheiden von Gesellschaftern .....	444
§ 18 Beendigung .....	449
§ 19 Die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung .....	451
§ 20 Mustervertrag einer Partnerschaftsgesellschaft .....	473

##### 4. Kapitel. Grundzüge des Steuerrechts der Personengesellschaft

§ 21 Grundlagen des Steuerrechts der Personengesellschaften .....	483
---	-----

*Inhaltsübersicht*  
**Teil C**  
**Vertragsrecht der Kapitalgesellschaften**

§ 22 Die Rechtsanwalts-GmbH/Patentanwalts-GmbH .....	499
§ 23 Die Rechtsanwalts-AG .....	539
§ 24 Die Steuerberatung-GmbH .....	563
§ 25 Die Steuerberatungsgesellschaft-AG .....	585
§ 26 Die Wirtschaftsprüfungs-GmbH .....	593
§ 27 Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft-AG .....	612
§ 28 Mischformen von Freiberufler-Kapitalgesellschaften .....	621
§ 29 Gründungsprobleme, Ein- und Austritt von Gesellschaftern, Beendigung der Freiberuflerkapitalgesellschaft .....	634
§ 30 Zivil- und steuerrechtliche Fragen des Rechtsformwechsels (Umwandlung/Umstrukturierung) .....	643
§ 31 Überblick Steuerrecht der Freiberufler Kapitalgesellschaft .....	656
§ 32 Musterverträge und Mustersatzungen .....	675
§ 33 Mustervertrag der Steuerberatungs-GmbH .....	689
§ 34 Mustervertrag für Wirtschaftsprüfungs-GmbH .....	693
§ 35 Mustervertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft .....	697

**Teil D**  
**Rechtsanwaltsgesellschaften ausländischer Rechtsform**

§ 36 Limited Liability Partnership (LLP) .....	704
§ 37 Steuerliche Hinweise für international tätige Sozietäten .....	715

**Teil E**  
**Grundzüge der Bewertung der Freiberufler-Sozietät**

§ 38 Die Bewertung einer Freiberuflerpraxis/-kanzlei bzw. einer Freiberuflergesellschaft .....	719
---	-----

**Teil F**  
**Arbeitsrecht in wirtschafts- und rechtsberatenden Organisationen**

§ 39 Der Berufsträger als freier Mitarbeiter oder Angestellter .....	736
--	-----

**Teil G**  
**Berufsrecht**

§ 40 Rechtsquellen des Berufsrechts der rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe .....	843
§ 41 Zuordnungssubjekte berufsrechtlicher Pflichten und maßgebliches Berufsrecht .....	847
§ 42 Sozietätsspezifische berufsrechtliche Regelungen .....	851
§ 43 Folgen der Verletzung berufsrechtlicher Pflichten .....	901
Sachregister .....	911

Allgemeines Literaturverzeichnis .....	XXXVII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXIX

## Teil A

### Die Formen anwaltlicher Organisation in Überblick und Vergleich

#### § 1 Begriff und Erscheinungsformen der Sozietät

I. Die rechts- und steuerberatenden Berufe im Wandel .....	2
II. Der Sozietätsbegriff im Wandel .....	4
1. Die societas als einzige Privatgesellschaft im römischen Recht .....	4
2. Die Sozietät als Gelegenheits- und Handelsgesellschaft in der frühen Neuzeit .....	4
3. Die societas als Vorbild der BGB-Gesellschaft um 1900 .....	5
4. Sozietät als Synonym der freiberuflichen GbR im 20. Jahrhundert ..	5
5. Lösung des Sozietätsbegriffs von der Gesellschaftsform der GbR seit 1990 .....	6
6. Sozietät als rechtsformneutraler Begriff für freiberufliche Gesellschaften heute .....	6
III. Rechtsformübergreifende Regelungen für die Bildung von Sozietäten ..	8
1. Allgemeines .....	8
2. Ausformungen .....	8
3. Abgrenzung zur Bürogemeinschaft und zur Kooperation .....	10
IV. Gesellschaftsrechtliche und steuerliche Aspekte der Rechtsformwahl ...	11
1. Begriffsbestimmung .....	11
2. Gesellschaft bürgerlichen Rechts .....	12
a) Gesellschaftsrecht .....	12
b) Steuerrecht .....	13
3. Partnerschaftsgesellschaft .....	13
a) Gesellschaftsrecht .....	13
b) Steuerrecht .....	14
4. Gesellschaft mit beschränkter Haftung .....	14
a) Gesellschaftsrecht .....	14
b) Steuerrecht .....	16
5. Die Rechtsanwalts-Aktiengesellschaft .....	17
6. Exkurs: Offene Handelsgesellschaft und Kommanditgesellschaft....	17
a) Gesellschaftsrecht .....	17
b) Steuerrecht.....	18
7. Ausländische Rechtsformen .....	18
a) Limited Liability Partnership (LLP) .....	18
b) Alternative Business Structures (ABS) .....	18
c) Private Company Limited by Shares (Ltd.) .....	19
8. Fazit .....	19
V. Gestaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft bürgerlichen Rechts .....	19
1. Die BGB-Innengesellschaft .....	19
2. Die stille Gesellschaft .....	20
3. Die Unterbeteiligung .....	20

<b>§2 Steuerliche Grundsätze der Besteuerung und der Rechtsformwahl</b>	
Allgemeiner Überblick über die Besteuerung der verschiedenen Organisationsformen .....	21
<b>A. Besteuerung der Einzelkanzlei .....</b>	<b>24</b>
I. Steuerliche Aspekte bei der Gründung .....	24
1. Allgemeines, Anzeige- und Meldepflichten .....	24
2. Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns .....	24
3. Einbringung von Gegenständen in die Einzelkanzlei .....	26
II. Laufende Besteuerung .....	28
1. Einkommensteuer .....	28
a) Zurechnung der Einnahmen .....	28
b) Eigene Aufwendungen – Drittaufwendungen .....	28
c) Notwendiges und gewillkürtes Betriebsvermögen .....	30
d) Einschränkung des betrieblichen Schuldzinsenabzugs .....	31
e) Investitionsabzugsbetrag und Sonderabschreibung gem. § 7g EStG .....	32
2. Gewerbesteuer .....	33
3. Umsatzsteuer .....	34
III. Besteuerung der Beendigung .....	34
1. Aufgabe der Tätigkeit .....	35
a) Aufgabegewinn .....	35
b) Nicht begünstigungsfähiger Übergangsgewinn .....	35
2. Veräußerung der Einzelkanzlei .....	36
3. Steuerliche Behandlung des Aufgabe- bzw. Veräußerungsgewinns ..	37
4. Besonderheiten bei weiterem Tätigwerden .....	37
5. Erbschafts- und Schenkungsfall (vorweggenommene Erbfolge) .....	37
IV. Aufnahme von einem Partner .....	38
<b>B. Übersicht: Rechtliche und steuerliche Grundsätze der Rechtsformwahl in der tabellarischen Übersicht .....</b>	<b>39</b>
1. Personengesellschaften .....	40
2. Kapitalgesellschaften .....	62

## Teil B

### Vertragsrecht der Personengesellschaften

#### 1. Kapitel. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts

#### **§3 (Notwendiger) Inhalt des Gesellschaftsvertrages**

I. Der Weg in die Gesellschaft bürgerlichen Rechts .....	72
1. Allgemeines .....	72
2. Bestimmung der Einlagen .....	72
3. Steuerliche Überlegungen .....	73
4. Berufsrechtliche Überlegungen .....	73
5. Eintritt in eine bestehende Praxis .....	74
a) Ermittlung des Praxiswerts .....	74
b) Haftung .....	75
II. Name .....	76
1. Allgemeines .....	76
2. Kundgabe beruflicher Zusammenarbeit und Kurzbezeichnung .....	76
a) Name statt Firma .....	76
b) Zusatz .....	77
c) Fantasiebezeichnungen .....	78

3. Namensfortführung bei Ausscheiden .....	78
4. Namensschutz gemäß § 12 BGB .....	79
5. Hinweis auf Haftungsbeschränkung im Namen der Sozietät .....	79
6. Briefbögen .....	80
a) Allgemeines .....	80
b) Angabe von Nicht-Partnern .....	80
c) Sozietät mit Anwaltsnotar .....	81
d) Überörtliche Sozietät .....	81
e) Zweigstelle .....	81
f) Internationale Sozietät .....	81
III. Sitz .....	82
1. Allgemeines .....	82
2. Die überörtliche Sozietät .....	82
a) Allgemeines .....	82
b) Voraussetzungen .....	83
3. Die intralokale (intraurbane) Sozietät .....	85
4. Die internationale Sozietät .....	85
IV. Errichtung/Zweck .....	86
1. Gemeinsamer Zweck .....	86
2. Inhalt des Sozietätsvertrages .....	87
3. Form des Sozietätsvertrages .....	88
4. Die sozietätsfähigen Berufe .....	89
a) Allgemeines .....	89
b) Sozietäten mit Notaren .....	89
c) Zusammenschluss von BGH-Rechtsanwälten .....	91
V. Geschäftsjahr .....	91

#### § 4 Abschluss, Wirksamkeit, Auslegung und Anpassung von Sozietätsverträgen

I. Allgemeine dogmatische Grundlagen .....	94
1. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Grundform der Sozietät ...	94
2. Vertragsfreiheit, Inhalts- und Ausübungskontrolle .....	95
a) Vertragsfreiheit .....	95
b) Inhaltskontrolle .....	95
c) Ausübungskontrolle .....	95
II. Zustandekommen .....	96
1. Allgemeines .....	96
2. Fehlende Einigung über die nach §§ 145, 705 BGB geforderten Merkmale (essentialia negotii) .....	97
3. Versteckter und offener Dissens .....	97
4. Vertragsänderungen .....	98
5. Berufsrechtliche Besonderheiten .....	98
III. Unwirksamkeitsfragen und deren Rechtsfolgen .....	99
1. Vorbemerkung .....	99
2. Unwirksamkeitsfragen .....	99
a) Nichtigkeit .....	99
b) Schwebende und relative Unwirksamkeit .....	101
3. Rechtsfolgen der Unwirksamkeit .....	101
a) Vorbemerkung .....	101
b) Grundsätze der fehlerhaften Gesellschaft .....	101
c) Gesamt- oder Teilnichtigkeit? .....	107
d) Schlussfolgerungen .....	108

IV. Die Auslegung von Sozietätsverträgen .....	109
1. Grundlagen .....	109
2. Die erläuternde Auslegung von Gesellschaftsverträgen .....	110
a) Grundsatz subjektiver Auslegung von Personengesellschaftsverträgen .....	110
b) Besondere gesellschaftsvertragliche Auslegungsgrundsätze und -umstände .....	112
3. Ergänzende Auslegung und geltungserhaltende Reduktion .....	113
a) Gemeinsame Grundsätze und Abgrenzung .....	113
b) Geltungserhaltende Reduktion bzw. Anpassung .....	114
c) Ergänzende Auslegung .....	115
V. Umdeutung und Bestätigung .....	116
1. Umdeutung .....	116
2. Bestätigung .....	117
VI. Anpassung von Gesellschaftsverträgen .....	118
1. Anlass und Grundlage von Anpassungspflichten .....	118
2. Treuepflichten .....	119
3. Geschäftsgrundlageregeln .....	121
VII. Salvatorische Klauseln und Anpassungsklauseln .....	122
1. Grundsätze .....	122
2. Erhaltungsklauseln .....	123
3. Ersetzungsklauseln .....	124
4. Anpassungsklauseln .....	125
5. Schriftformklauseln .....	125
VIII. Schiedsklauseln .....	126
1. Vorbemerkung .....	126
2. Schiedsklauseln im Sozietätsvertrag .....	127
3. Vor- und Nachteile .....	127
4. Alternativen .....	127
 <b>§ 5 Gesellschaftsvermögen und Beteiligung</b>	
I. Festkapital, Beteiligung der Gesellschafter .....	128
1. Kapitaleinlage .....	129
2. Prozentuale Beteiligung .....	130
3. Punktesysteme .....	130
II. Gesellschafterkonten .....	131
1. Festes Kapitalkonto .....	131
2. Weitere Konten .....	131
III. Gesellschaftsvermögen .....	133
1. Allgemeines .....	133
2. Betriebsvermögen .....	133
3. Sonderbetriebsvermögen .....	133
IV. Einnahmen und Ausgaben .....	133
1. Einnahmen .....	133
2. Ausgaben .....	134
3. Kraftfahrzeuge .....	135
V. Verteilung von Gewinn und Verlust .....	135
1. Orientierung an der Beteiligung am Gesellschaftsvermögen .....	135
2. Verteilung des Gewinns nach Quoten .....	136
3. Gewinnverteilung nach Umsätzen .....	136
4. Urlaub und Krankheit .....	137
VI. Entnahmen .....	137

**§ 6 Grundsätze der gemeinschaftlichen Berufsausübung,  
Mitwirkungspflichten der einzelnen Gesellschafter**

I. Allgemeine Pflichten .....	139
1. Vorbemerkung .....	139
2. Grundsatz .....	140
3. Ausnahmen und Einschränkungen von diesem Grundsatz .....	141
4. Zeitlicher Umfang der beruflichen Tätigkeit .....	141
5. Verhältnis zwischen den Partnern bei der Mandatsbearbeitung .....	142
6. Verhältnis der Mitarbeiter, die nicht Sozien sind, zur Sozietät .....	142
7. Treuepflichten der Sozien .....	143
II. Mandate .....	143
1. Vorbemerkung .....	143
2. Grundsatz des Gesamtmandates .....	144
3. Das Einzelmandat .....	146
4. Annahme und Ablehnung von Mandaten .....	148
5. Bearbeitung .....	149
6. Rechtsnachfolge .....	149
III. Andere Verträge der Sozietät .....	150
1. Vorbemerkung .....	150
2. Grundsatz .....	150
3. Ausnahmen .....	150
4. Sonderfälle .....	150
IV. Haftung und Berufshaftpflichtversicherung .....	150
1. Vorbemerkung .....	150
a) Haftung eines Gesellschafters gegenüber seinen Mitgesellschaftern .....	151
b) Haftung gegenüber einem Dritten .....	151
c) Anwaltshaftung .....	151
2. Haftung im Innenverhältnis .....	152
3. Haftung im Außenverhältnis .....	153
a) Gesamtmandat .....	153
b) Einzelmandate .....	155
4. Höhe der Haftpflichtversicherung .....	155
5. Haftungsbeschränkungen in der Anwaltssozietät .....	156
V. Wechselseitige Unterrichtung der Sozien .....	157
1. Vorbemerkung .....	157
2. Information und Kontrolle der Sozien .....	157
a) Information .....	158
b) Kontrolle .....	158
VI. Urlaub/Krankheit .....	159
1. Urlaub .....	159
a) Allgemeines .....	159
b) Dauer .....	159
2. Krankheit .....	159
a) Allgemeines .....	159
b) Längere Erkrankungen und Ausfallzeiten .....	160
c) Versicherungen für den Krankheitsfall .....	160

**§ 7 Geschäftsführung und Vertretung**

I. Einführung und Überblick .....	165
1. Die Außengesellschaft bürgerlichen Rechts als selbständiges Rechtssubjekt ohne passende gesetzliches Organisationsrecht .....	165



2. Haftungsverfassung und Organisation der freiberuflichen Erwerbsgesellschaften, insbesondere der Sozietäten .....	166
3. Geschäftsführung als Zentralbegriff und Vertretung als deren Teilaspekt .....	167
II. Geschäftsführung .....	167
1. Grundlagen .....	167
a) Geschäftsführungsmaßnahmen .....	167
b) Geschäftsführungsaufgaben und Geschäftsführungsbefugnis .....	169
c) Geschäftsführungszuständigkeit oder die personelle Geschäftsführungsbefugnis .....	173
2. Insbesondere: Die Geschäftsführung in Berufsausübungsangelegenheiten .....	175
a) Geschäftsführungsangelegenheiten einer freiberuflichen Sozietät .....	175
b) Einzelzuständigkeit zur Geschäftsführung in Berufsangelegenheiten .....	175
c) Ausübung der Geschäftsführung .....	179
d) Geschäftsführungsumfang .....	181
e) Das Widerspruchsrecht .....	182
3. Rechtsstellung der Geschäftsführung .....	184
a) Haftung des Geschäftsführers gegenüber der Gesellschaft .....	184
b) Vergütung der Geschäftsführer .....	187
d) Herausgabepflichten des Geschäftsführers .....	191
e) Auskunft- und Rechenschaftspflichten .....	192
4. Ausschluss von der Geschäftsführung, Entziehung und Kündigung .....	192
a) Ausschluss von der Geschäftsführung durch oder aufgrund Gesellschaftervertrag .....	192
b) Entziehung der Geschäftsführung aus wichtigem Grund .....	193
c) Kündigung der Geschäftsführungsbefugnis .....	195
d) Unentziehbare Mitverwaltungsrechte .....	196
III. Vertretung der Sozietät .....	199
1. (Haftungs-)Grundlagen .....	199
a) Rechtsfähigkeit der (Außen-)GbR .....	199
b) Aufgabe der Doppelverpflichtungslehre .....	200
c) Innengesellschaften .....	201
2. Vertretung der Gesellschaft .....	201
a) Organschaftliche Vertretung der Gesellschaft .....	201
b) Handeln für die Gesellschaft .....	202
c) Organschaftreiche Vertretungsmacht .....	204
3. Arten der rechtsgeschäftlichen Vollmacht und deren Mitteilung .....	207
a) Schlichte Innenvollmacht .....	207
b) Mitgeteilte Innenvollmacht und Außenvollmacht .....	207
4. Rechtsscheinshaftung, §§ 170 ff. BGB analog .....	209
5. Anforderungen an namens der GbR abgegebene einseitige Willenserklärungen, § 174 BGB .....	209
6. Entziehung der Vertretungsmacht .....	210
a) Entziehung der Befugnis zur Vertretung der Gesellschaft .....	210
b) Entziehung der Befugnis zur Vertretung der Mitgeschafter .....	210
IV. Haftung der Sozietät und der Sozien .....	211
1. Ausprägungen der Rechtssubjektivität der (Außen-)GbR .....	211
a) Haftung der (Außen-)GbR aus Rechtsgeschäften .....	211
b) Haftung der (Außen-)GbR aus gesetzlichen Schuldverhältnissen .....	212

2. Zurechnungsfragen .....	212
a) Unterscheidung zwischen Verhaltens-, Wissens- und Verschuldenszurechnung: Fiktive Handlungsfähigkeit durch Organe. ....	212
b) Rechtsgeschäftliche Wissenszurechnung. ....	212
c) Verschuldenszurechnung.....	223
d) Zurechnung des „Verschuldens von Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen“ .....	226
3. Akzessorische Haftung der Gesellschafter .....	226
a) Grundsätze .....	226
b) Haftung in Berufsangelegenheiten.....	227
c) Haftung der Sozi in sonstigen Angelegenheiten .....	230
d) Einwendungen und Einreden, Ausgleichsansprüche .....	231
e) Haftung ausgeschiedener bzw. neu eingetretener Gesellschafter .....	232
 <b>§ 8 Gesellschafterbeschlüsse</b>	
I. Grundsätze und Grundlagen .....	235
1. Vorbemerkung .....	235
2. Gesetzliche Grundlagen .....	236
3. Aktuelle Rechtsprechung: Zweistufige Wirksamkeitskontrolle von Beschlüssen. ....	237
II. Beschluss, Beschlussgegenstände, Teilnahme und Stimmrechte .....	238
1. Beschluss und Beschlussgegenstände .....	238
a) Tatbestand, Rechtsnatur und Rechtswirkung. ....	238
b) Auslegung, Bestätigung und Aufhebung von Beschlüssen. ....	239
c) Beschlussgegenstände. ....	240
2. Teilnahme- und Stimmrechte. ....	243
a) Teilnahmerecht. ....	243
b) Stimmrecht. ....	244
c) Ausschluss des Stimmrechts und Stimmrechtsverbote. ....	244
d) Höchstpersönlichkeit des Stimmrechts.....	245
e) Ausnahme: Stimmrechtsvertretung. ....	245
3. Mitwirkungs- und Zustimmungspflichten .....	246
III. Beschlussfassung/Zustandekommen von Beschlüssen .....	248
1. Allgemeines .....	248
2. Abgabe von Stimmen und Bindung .....	248
3. Anforderungen an das Beschlussverfahren .....	250
4. Gesellschafterversammlungen .....	250
a) Die Gesellschafterversammlung als Gesellschaftsorgan.....	250
b) Einberufung von Gesellschafterversammlungen.....	251
c) Durchführung von Gesellschafterversammlungen. ....	251
5. Beschlussfassung außerhalb von Versammlungen .....	252
6. Einstimmigkeit und Mehrheitsbeschluss/Beschlussquoten .....	252
a) Grundlagen. ....	252
b) Mehrheitsbeschlüsse. ....	253
c) Beschlussquoten und Mehrheitsklauseln. ....	254
IV. Formelle und materielle Wirksamkeitskontrolle von Mehrheitsbeschlüssen .....	256
1. Problemstellung/Unterscheidung zwischen Zustandekommen und Wirksamkeit von Mehrheitsbeschlüssen .....	256
a) Zulässigkeit und Gegenstandsbereich von Mehrheitsbeschlüssen. ....	256

b) Formelle Anforderungen an die Zulässigkeit von Mehrheitsbeschlüssen.....	257
c) Zustimmungsbedürftigkeit und materielle Inhaltskontrolle (Ausübungskontrolle) als zweiter Prüfungsschritt.....	258
2. Mehrheitsbeschlüsse zur Außen- und Innengeschäftsführung.....	258
3. Die Gesellschafterrechte, die Organisationsverfassung der Gesellschaft und deren Grundlage betreffenden Entscheidungen (sog. Grundlagenentscheidungen) .....	260
a) Einführung.....	260
b) Organisationsrechtliche Bestimmungen.....	261
c) Individualrechte.....	261
4. Unwirksamkeit bei Eingriffen der Mehrheit in unverzichtbare und unentziehbare Gesellschafterrechte .....	262
a) Unwirksamkeit bei Eingriffen in unverzichtbare Gesellschafterrechte.....	262
b) Unmittelbare Eingriffe in unentziehbare, mehrheitsfeste Gesellschafterrechte.....	262
c) Ausübungskontrolle bei mittelbaren Eingriffen in unentziehbare Rechtspositionen.....	263
5. Ausübungskontrolle bei Änderung oder Abweichung von der gesellschaftsvertraglichen Rechtslage in sonstigen Grundlagenfragen .....	263
a) Die Verfassung oder die Organisation der Gesellschaft betreffende Maßnahmen.....	263
b) Eingriffe in nicht zu den unentziehbaren Individualrechten gehörenden Rechtspositionen.....	264
V. Beschlussmängel .....	265
1. Grundsatz .....	265
2. Die Mängel im Einzelnen .....	265
a) Ungültige und unwirksame Stimmabgabe.....	265
b) Verfahrensmängel.....	266
c) Inhaltliche Beschlussmängel.....	267
3. Heilung von Beschlussmängeln.....	267
4. Grundsätze der fehlerhaften Gesellschaft .....	267
5. Geltendmachung .....	268
a) Allgemeine Rechtslage.....	268
b) Abweichende gesellschaftsvertragliche Gestaltung.....	269
VI. Anhang: Übersicht über die Behandlung wichtiger Beschlussgegenstände nach der geänderten Systematik .....	269
<b>§ 9 Dauer der Sozietät/Auflösung</b>	
I. Vorbemerkung .....	283
II. Beendigung durch Zeitablauf .....	284
III. Beendigung durch Gesellschafterbeschluss .....	285
IV. Auflösende Bedingung .....	285
V. Vereinigung aller Anteile in einer Hand .....	286
VI. Kündigung .....	286
1. Allgemeines .....	286
2. Kündigungserklärung .....	286
a) Wirksamwerden .....	287
b) Form, Frist und Bedingung .....	287
c) Inhalt.....	287

3.	Recht zur ordentlichen Kündigung .....	288
a)	Unbefristete Gesellschaftsverträge .....	288
b)	Auf Lebenszeit eingegangene Gesellschaftsverträge .....	288
c)	Nach Zeitablauf stillschweigend verlängerte Gesellschaftsverträge .....	289
d)	Unwirksame Festlaufzeiten oder Kündigungsfristen .....	289
4.	Außerordentliche Kündigung/Kündigung aus wichtigem Grund ....	292
a)	Grundsätze .....	292
b)	Die außerordentlichen Kündigungsgründe .....	295
c)	Verzicht, Verwirkung, Verbrauch von Kündigungsgründen .....	300
5.	Kündigung zur Unzeit .....	302
6.	Ausschluss oder Beschränkung des Kündigungsrechts .....	302
a)	Allgemeines .....	302
b)	Ausschluss und Beschränkung des ordentlichen Kündigungsrechts .....	304
c)	Ausschluss und Beschränkung der Kündigung aus wichtigem Grund .....	305
7.	Kündigungsrecht des Pfändungspfandgläubigers .....	306
a)	Grundsätze .....	306
b)	Sachlicher Anwendungsbereich .....	306
c)	Persönlicher Anwendungsbereich .....	307
d)	Kündigung und Kündigungsfolgen .....	307
e)	Abdingbarkeit/Einschränkung der Kündigungsfolgen? .....	308
VII.	Auflösung wegen Erreichens oder Unmöglichwerdens des Gesellschaftszwecks .....	309
VIII.	Auflösung durch Tod eines Gesellschafters .....	310
IX.	Auflösung durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens .....	310
X.	Verhinderung der Auflösung durch Fortsetzungsbeschluss .....	310
XI.	Auseinandersetzung der Sozietät und ihre Folgen .....	311
1.	Vorbemerkung .....	311
2.	Anwendbarkeit der Auflösungsvorschriften .....	312
a)	Innen- oder Außensozietät .....	312
b)	Unterscheidung zwischen mitunternehmerischer und schlicht zivilistischer GbR .....	313
3.	Die Verfassung der aufgelösten Gesellschaft .....	314
a)	Gesellschaftszweck und Unternehmensgegenstand .....	314
b)	Geschäftsführung und Vertretung .....	315
4.	Die Auseinandersetzung .....	315
a)	Notwendigkeit einer Auseinandersetzung .....	316
b)	Die Auseinandersetzungssätze .....	316
c)	Rückgewähr von Gegenständen .....	319
d)	Zahlung der Gesellschaftsschulden/Einlagenrückgewähr .....	321
f)	Ermittlung des Kanzlei- oder Praxiswertes bei Veräußerung .....	325
g)	Berufsrechtliche Folgen der Auflösung .....	326
5.	Realteilung .....	326
6.	Die Nachhaftung der Gesellschafter bei Auflösung .....	327
a)	Zeitliche Begrenzung der Nachhaftung .....	327
b)	Gegenständliche Grenzen der Nachhaftung/Einwendungen .....	328
c)	Freistellungsansprüche und Rückgriff gegenüber Mitgesellschaftern .....	330

§ 10 Ausscheiden aus der Gesellschaft

I. Vorbemerkung .....	333
II. Austrittsvereinbarung und/oder Fortsetzungsbeschluss .....	333
1. Austrittsvereinbarung .....	333
2. Ausscheiden aufgrund Fortsetzungsklausel oder durch Fortsetzungsbeschluss .....	334
III. Befristete und/oder bedingte Mitgliedschaften .....	335
IV. Austrittskündigung .....	336
1. Gesetzliche Grundlagen/Wirksamwerden .....	336
2. Die Kündigung aus wichtigem Grund .....	337
3. Abweichende Vereinbarungen, insbesondere Erschwerungen des Kündigungsrechts .....	338
V. Die Hinauskündigung ohne wichtigen Grund .....	340
VI. Hinauskündigung aus wichtigem Grund .....	341
1. Gesetzliche und vertragliche Grundlage .....	341
2. Kündigungsgründe .....	342
3. Rechtsfolgen .....	342
VII. Auseinandersetzung bei Ausscheiden .....	343
1. Grundsätze .....	343
a) Anwendungsbereich und Anspruchsvoraussetzungen .....	343
b) Regelungsgegenstände der §§ 738 ff. BGB .....	344
c) Anspruchsverpflichtete .....	345
d) Auseinandersetzungsbilanz/Fälligkeit und Durchsetzung der Auseinandersetzungsansprüche .....	346
2. Abfindungsanspruch oder Haftung für Fehlbetrag .....	347
a) Grundsätze .....	347
b) Ermittlung des Anteilswertes auf Basis der Umsatzmethode .....	348
c) Abzug der gemeinschaftlichen Schulden/Berücksichtigung der zurückzuzahlenden Einlage .....	351
d) Kritische Stellungnahme .....	352
3. Abweichende Auseinandersetzungsvereinbarungen .....	354
a) Grundsätze .....	354
b) Realabfindung anstelle Abfindung in Geld .....	355
c) Abfindungsausschluss .....	356
d) Abfindungsbeschränkungen .....	356
e) Wertberechnungsklauseln, insbesondere Buchwertklauseln .....	357
f) Auszahlungsvereinbarungen .....	358
g) Rechtsfolgen unwirksamer oder undurchsetzbarer Abfindungsklauseln .....	358
4. Persönliche Nachhaftung des Ausscheidenden/Regressfragen .....	359
5. Berufsrechtliche Folgen des Ausscheidens .....	359
a) Anschreiben an Mandanten .....	359
b) Hinweis auf den Umzug/Bekanntgabepflicht .....	360
VIII. Vertragliche Regelung der Ausscheidungsfolgen .....	360
1. Vorbemerkung .....	360
2. Mandatsschutz .....	360
a) Allgemeines .....	360
b) Verhältnis von Wettbewerbsbeschränkungen während des Bestehens der Gesellschaft zur Berufsfreiheit .....	361
c) Verhältnis von nachvertraglichen Wettbewerbsverboten zur Berufsfreiheit .....	362
d) Regelungsgegenstand eines Wettbewerbsverbotes .....	363

e) Grenzen .....	363
f) Vertragsstrafen .....	364
g) Rechtsanwälte, die lediglich sonstige Mitarbeiter sind .....	364
3. Versorgungsregelungen .....	364
a) Allgemeines .....	364
b) Ausscheiden .....	364
c) Versorgungsregelungen .....	365
4. Witwen- und Waisenrenten .....	367
a) Allgemeines .....	367
b) Freistellung Ausscheidender .....	367
IX. Ausscheiden durch Übertragung der Mitgliedschaft .....	368
1. Vorbemerkung .....	368
2. Voraussetzungen der Übertragung .....	368
a) Zustimmung der Mitgesellschafter .....	368
b) Formerfordernisse .....	369
3. Rechtswirkungen und Rechtsfolgen der Anteilsübertragung .....	370
4. Andere Verfügungen über die Mitgliedschaft .....	372
<b>§ 11 Die Scheinsozietät</b>	
I. Begriff und Rechtsnatur .....	374
1. Scheinsozietät und Außensozietät .....	374
2. Die Scheinsozietät als Scheingesellschaft .....	376
II. Voraussetzungen und Erscheinungsformen .....	377
1. Rolle der Auslegung bei Rechtsscheinstatbeständen .....	377
2. Fehlen einer Vereinbarung gemeinschaftlicher Berufsausübung .....	378
a) Scheingesellschaft und Scheinsozietät .....	378
b) Gesellschaftsvertragliche Anforderungen an Sozietäten und Sozietätsverhältnisse .....	378
c) Erscheinungsformen .....	380
3. Anschein gemeinschaftlicher Berufsausübung im Außenverhältnis .....	381
III. Haftungsfragen .....	382
1. Rechtsgeschäftliche Verbindlichkeiten .....	382
a) Verbindlichkeiten der Scheinsozietät .....	382
b) Haftung aus Rechtsgeschäft .....	388
c) Haftung der Scheinsozien entsprechend §§ 128, 130 HGB .....	389
2. Haftung für gesetzliche Verbindlichkeiten .....	390
3. Haftungsausschluss und -übernahme .....	391
4. Haftung im Innenverhältnis .....	392
5. Vermeidung der Rechtsscheinhaftung .....	392
6. Berufshaftpflichtversicherung .....	393
a) Nicht für die Sozietät als solche! – § 51 BRAO .....	393
b) Anwaltliche Versicherungspflicht – § 51 BRAO .....	393
c) Haftungsausschlüsse § 51 Abs. 3 BRAO .....	394
IV. Auseinandersetzung .....	394
1. Teilung nach dem jeweiligen Innenrecht .....	394
2. Mandantenbefragung .....	395
3. Abfindung für mitgenommene Mandate .....	395
V. Berufsrechtliche Fragen .....	395
VI. Wettbewerbsrechtliche Fragen .....	396
VII. Steuerrechtliche Fragen .....	397
<b>§ 12 Sozietätsvertrag</b> .....	397

## 2. Kapitel. Die GmbH & Co. KG

<b>§ 13 Gesellschafts- und berufsrechtliche Fragen der Freiberufler GmbH &amp; Co. KG</b>	
I. Vorbemerkung .....	407
II. Berufsrechtliche Betrachtung .....	407
III. Gesellschafts- und Handelsrecht .....	408
<b>§ 14 Steuerrecht der Freiberufler-GmbH &amp; Co. KG im Überblick .....</b>	<b>410</b>

## 3. Kapitel. Die Partnerschaftsgesellschaft

### § 15 Gründung

I. Entstehung und Bedeutung des PartGG .....	412
II. Die Partnerschaft im System des Gesellschafts- und Steuerrechts .....	414
1. Rechtliche Struktur .....	414
a) Gesellschaftsrechtliche Einordnung .....	414
b) Name der Partnerschaft, Partnerzusatz .....	415
2. Steuerliche Behandlung .....	419
a) Ertragsteuerliche Behandlung der Partnerschaft und der Partner .....	419
b) Umsatzsteuer .....	419
c) Rechnungslegung .....	419
III. Partnerschaftsfähige Berufe .....	420
1. Vorrang des Berufsrechts .....	421
2. Interprofessionelle Zusammenarbeit .....	421
a) Steuerberatungsgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ....	421
b) Einfache Partnerschaftsgesellschaft bei Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern .....	423
c) Rechtsanwaltschaft .....	425
d) Keine Bindung an das Berufsrecht der anderen Partner bei der einfachen Partnerschaft .....	426
IV. Sitz, Zweigniederlassungen und Berufsrecht .....	427
V. Registrierungsverfahren, Kosten und Gebühren .....	428
VI. Wechsel von der Gesellschaft bürgerlichen Rechts in die Partnerschaftsgesellschaft .....	429

### § 16 Inhalt des Partnerschaftsvertrages

I. Formerfordernisse .....	431
1. Gründung .....	431
2. Veränderungen im Partnerbestand, Vertragsänderungen .....	432
II. Das Verhältnis der Partner untereinander .....	432
1. Grundsatz .....	432
2. Vorrang des Berufsrechts .....	432
3. Vertragliche Ausgestaltung .....	433
4. Widerspruchsrecht .....	434
5. Kontroll- und Einsichtsrecht .....	434
6. Rechnungsabschluss, Gewinnverteilung .....	434
III. Das Verhältnis zu Dritten .....	435
1. Vertretung .....	435
a) Einzelvertretung; Vertragliche Gestaltung .....	435
b) Gesamtvertretung .....	436
c) Rechtsscheinhaftung .....	436

d) Umfang der Vertretungsmacht .....	436
e) Entziehung der Vertretungsmacht durch gerichtliche Entscheidung .....	436
2. Die Haftung der Partnerschaft und der Partner .....	436
a) Haftungskonzeption .....	436
b) Interprofessionelle Partnerschaft .....	438
c) Vergleich mit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts .....	439
3. Haftungsbeschränkungen .....	440
a) Grundsatz .....	440
b) Verantwortlicher Partner .....	441
c) Verfahrensfragen .....	442
d) Weitergehende Haftungsbeschränkungen .....	442
4. Haftungsausgleich im Innenverhältnis .....	443
5. Nachhaftung .....	444

## § 17 Eintritt und Ausscheiden von Gesellschaftern

I. Eintritt, Anteilsübertragung .....	444
II. Ausscheiden .....	445
1. Grundsatz .....	445
2. Besonderheiten .....	445
a) Allgemeine Ausscheidensgründe .....	445
b) Ausscheiden bei Verlust einer erforderlichen Berufszulassung .....	446
c) Folgen des Ausscheidens .....	446
3. Vererblichkeit .....	448
a) Grundsatz .....	448
b) Abweichende Vereinbarung .....	448
c) Berufsrechtliche Anforderungen .....	449

## § 18 Beendigung

I. Auflösung und Liquidation .....	449
II. Umwandlung .....	450
1. Umwandlung einer Partnerschaft in eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts .....	450
2. Umwandlungsmöglichkeiten nach dem UmwG .....	450

## § 19 Die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung

I. Einführung .....	453
1. Hintergrund und Ziele des Gesetzgebers .....	453
2. Inhalt der Neuregelung .....	454
II. Die Änderungen des PartGG .....	455
1. Haftungsbeschränkung als Option .....	455
2. Voraussetzung der Haftungsbeschränkung .....	456
3. Verbindlichkeiten der Partnerschaft aus fehlerhafter Berufsausübung .....	458
4. Beschränkung der Haftung auf das Gesellschaftsvermögen .....	459
5. Überschuldung, keine Insolvenzantragspflicht .....	461
6. Namenszusatz .....	461
7. Anmeldung und Registereintragung .....	462
8. Wechsel von der einfachen Partnerschaft zur PartG mbB und umgekehrt .....	463
9. Innenregress .....	465
III. Berufsrechtliche Regelungen .....	466



1. Rechtsanwälte .....	466
2. Steuerberater .....	467
3. Wirtschaftsprüfer .....	470
4. Interprofessionelle Partnerschaft mbB .....	470
IV. Steuerliche Behandlung .....	472
V. Zusammenfassung .....	472
 § 20 Mustervertrag einer Partnerschaftsgesellschaft .....	 473
 <b>4. Kapitel. Grundzüge des Steuerrechts der Personengesellschaft</b>	
 <b>§ 21 Grundlagen des Steuerrechts der Personengesellschaften</b>	
Freiberufler-Personengesellschaften, insbesondere BGB-Gesellschaften und Partnerschaftsgesellschaften	
I. Steuerliche Aspekte bei der Gründung .....	483
1. Allgemeines, Anzeige- und Meldepflichten .....	483
2. Gesellschafter – Mitunternehmer .....	483
3. Betriebsvermögen .....	485
4. Sonderbetriebsvermögen .....	486
5. Einbringung von Gegenständen .....	486
6. Grunderwerbsteuer .....	487
7. Umsatzsteuer .....	487
8. Schenkungsteuer .....	488
II. Laufende Besteuerung .....	488
1. Einkommensteuer .....	488
2. Gewinnermittlung .....	488
3. Gewerbesteuer .....	488
4. Umsatzsteuer .....	489
III. Besteuerung der Beendigung/Aufgabe der Tätigkeit .....	490
1. Betriebsaufgabe .....	490
2. Veräußerung der Kanzlei .....	490
3. Einfaches Ausscheiden eines Gesellschafters .....	491
4. Sachwertabfindung .....	491
5. Realteilung .....	491
6. Besonderheiten bei weiterem Tätigwerden .....	492
7. Erbschaft bzw. Schenkung (vorweggenommene Erbfolge) .....	492
IV. Aufnahme von neuen Partnern .....	493

## Teil C

### Vertragsrecht der Kapitalgesellschaften

#### Vorbemerkungen

#### § 22 Die Rechtsanwalts-GmbH/Patentanwalts-GmbH

I. Einleitung .....	500
II. Die gesetzliche Regelung der Rechtsanwalts-GmbH/ Patentanwalts-GmbH .....	503
1. Gang des Gesetzgebungsverfahrens .....	503
2. Zulässige Gesellschafter .....	503
a) Erfordernis aktiver Berufsausübung .....	503
b) Rechtsanwälte/Patentanwälte .....	504
c) Europäische Rechtsanwälte und Anwälte aus anderen Staaten .....	505
d) Steuerberater .....	506

e) Wirtschaftsprüfer .....	507
f) Anwaltsnotare .....	507
g) Juristische Personen .....	508
h) Gesellschaft bürgerlichen Rechts .....	509
i) Einmann-Rechtsanwalts-GmbH .....	511
j) Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) .....	511
k) Rechtsanwalts-GmbH & Co.KG .....	512
3. Arbeitnehmermitbestimmung .....	512
4. Übertragung der Geschäftsanteile .....	513
5. Einziehung der Geschäftsanteile, Abfindung .....	514
6. Gewinnverwendung .....	515
7. Wettbewerbsverbot .....	516
8. Pflicht zur Beachtung des Berufsrechts .....	516
9. Verschwiegenheitspflicht .....	516
10. Beteiligungsverbote .....	516
11. Unternehmensgegenstand der Rechtsanwalts-GmbH .....	518
12. Geschäftsführung und Vertretung .....	519
13. Haftung der Gesellschaft .....	524
a) Haftung vor Eintragung .....	524
b) Haftungsbeschränkung auf das Gesellschaftsvermögen .....	524
c) Berufshaftpflichtversicherung .....	524
d) Durchgriffshaftung .....	526
e) Geschäftsführerhaftung .....	527
14. Handelnden-Haftung .....	528
15. Stimmrecht .....	529
16. Entnahme und Vergütung .....	529
17. Sitz der Gesellschaft .....	529
18. Zweigniederlassungen .....	530
19. Firma .....	531
20. Zulassungsverfahren .....	533
a) Erteilung der Zulassung .....	533
b) Zulassungsverfahren .....	533
c) Erlöschen, Rücknahme und Widerruf der Zulassung .....	536
21. Kammermitgliedschaft .....	537
22. Anwaltsgerichtliches Verfahren .....	538

## § 23 Die Rechtsanwalts-AG

I. Einleitung .....	539
II. Zulässigkeit der Rechtsanwalts-AG .....	541
1. Entwicklung in der Rechtsprechung .....	541
2. Zulassungsanspruch unmittelbar aus Art. 12 Abs. 1 GG .....	542
III. Berufsrechtliche Anforderungen an die Rechtsanwalts-AG .....	544
1. Orientierung an §§ 59c ff. BRAO und den gesetzlichen Regelungen für die Steuerberatungs-AG und die Wirtschaftsprüfungs-AG .....	544
2. Beratung und Vertretung in Rechtsangelegenheiten als zulässiger Unternehmensgegenstand .....	545
3. Anforderungen an die Gesellschaftsverfassung der Rechtsanwalts-AG .....	549
a) Grundkapital .....	549
b) Vorstand .....	549
c) Aufsichtsrat .....	550
d) Kreis der Aktionäre und Hauptversammlung .....	553

4. Namensaktien, Übertragung der Aktien und Einziehung .....	556
a) Namensaktien .....	556
b) Übertragung .....	556
c) Einziehung .....	557
5. Sitz der Gesellschaft, Zulässigkeit von Zweigniederlassungen .....	558
6. Berufshaftpflichtversicherung .....	559
7. Postulationsfähigkeit .....	560
8. Firmierung .....	560
9. Kammerzugehörigkeit, Berufspflichten .....	561
10. Umwandlung einer Rechtsanwalts-GmbH in eine Rechtsanwalts-AG .....	561

## § 24 Die Steuerberatungs-GmbH

I. Einleitung .....	563
II. Gesellschaftsrechtliche und berufsrechtliche Aspekte der Steuerberatungsgesellschaft mbH .....	565
1. Vorbemerkungen .....	565
2. Kapitalbindung und zulässige Gesellschafter .....	567
a) Steuerberater, Rechtsanwälte, niedergelassene europäische Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer, Steuerbevollmächtigte .....	568
b) Besonders befähigte Personen mit einer anderen Ausbildung .....	568
c) Juristische Personen/Gesellschaften bürgerlichen Rechts/Stiftungen/eingetragene Vereine .....	570
d) Beteiligungsverhältnisse und Verteilung der Stimmrechte .....	571
e) Stimmrechtsausübung .....	571
f) Einmann-Steuerberatungs-GmbH .....	572
g) Übertragung der Gesellschaftsanteile .....	572
h) Meldung zum Berufsregister .....	572
3. Geschäftsführung und Vertretung .....	572
a) Geschäftsführung .....	572
b) Regelungen der Vertretungsbefugnis .....	574
c) Residenzpflicht .....	576
4. Haftung .....	577
5. Firmierung der Steuerberatungsgesellschaft .....	577
6. Anerkennungsverfahren bei der Steuerberatungs-GmbH .....	578
a) Verfahren .....	578
b) Voraussetzungen .....	580
c) Gebühren .....	580
d) Rücknahme/Widerruf .....	580
e) Rechtsweg .....	582
f) Verzicht .....	583
7. Anzeigepflichten .....	583
8. Bekanntmachungen .....	583
9. Mitgliedschaften .....	583
10. Beratungsstellen/Zweigniederlassungen .....	584

## § 25 Die Steuerberatungsgesellschaft-AG

I. Einleitung .....	585
II. Rechtliche Besonderheiten der Steuerberatungsgesellschaft-AG .....	586
1. Geschäftsmäßige Hilfeleistung in Steuersachen als zulässiger Unternehmensgegenstand .....	586

2. Die Steuerberatungsgesellschaft-AG als berufsrechtliche Befugnisträgerin .....	587
3. Gesetzliche Regelungen zur Steuerberatungsgesellschaft-AG .....	588
III. Berufsrechtliche Anforderungen an die Steuerberatungsgesellschaft-AG .....	588
1. Allgemeines .....	588
2. Namensaktien, Übertragung der Aktien und Einziehung .....	588
a) Namensaktien .....	588
b) Übertragung .....	589
c) Einziehung .....	590
3. Aufsichtsrat .....	590
4. Kreis der Aktionäre und Hauptversammlung .....	591
5. Firmierung der Steuerberatungsgesellschaft-AG .....	592

## § 26 Die Wirtschaftsprüfungs-GmbH

I. Einleitung .....	594
II. Gesellschaftsrechtliche und berufsrechtliche Aspekte .....	595
1. Zulässige Gesellschafter .....	596
a) Wirtschaftsprüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften .....	597
b) Vereidigte Buchprüfer Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Rechtsanwälte .....	597
c) Ausländische Prüfer, Rechtsanwälte, Patentanwälte und Steuerberater .....	597
d) Besonders befähigte und andere ausländische Personen .....	597
e) Stiftungen und eingetragene Vereine .....	600
f) Gesellschaften bürgerlichen Rechts .....	600
g) Mehrheitsverhältnisse .....	600
h) Meldung zum Berufsregister .....	600
i) Übertragung der Gesellschaftsanteile .....	601
2. Geschäftsführung und Vertretung .....	601
a) Geschäftsführung .....	601
b) Regelungen der Vertretungsbefugnis .....	603
c) Residenzpflicht .....	604
3. Firmierung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft .....	604
4. Haftung .....	605
5. Anerkennungsverfahren bei der Wirtschaftsprüfungs-GmbH .....	606
a) Verfahren .....	607
b) Voraussetzungen .....	608
c) Gebühren .....	608
d) Rücknahme/Widerruf .....	608
e) Verzicht .....	611
6. Anzeigepflichten .....	611
7. Bekanntmachungen .....	612
8. Mitgliedschaften .....	612
9. Beratungsstellen/Zweigniederlassungen .....	612

## § 27 Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft-AG

I. Einleitung .....	613
II. Rechtliche Besonderheiten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft-AG ...	614
1. Wirtschaftsprüfende Berufsausübung als zulässiger Unternehmensgegenstand .....	614

2. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft-AG als berufsrechtliche Befugnisträgerin .....	615
3. Gesetzliche Regelungen zur Wirtschaftsprüfungsgesellschaft-AG ..	616
III. Berufsrechtliche Anforderungen an die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft-AG .....	616
1. Allgemeines .....	616
2. Namensaktien, Übertragung der Aktien und Einziehung .....	616
a) Namensaktien .....	616
b) Übertragung .....	617
c) Einziehung .....	617
3. Aufsichtsrat .....	618
4. Kreis der Aktionäre und Hauptversammlung .....	619
5. Firmierung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft-AG .....	621
<b>§ 28 Mischformen von Freiberufler-Kapitalgesellschaften</b>	
I. Grundproblematik der Mischformen von Freiberufler-Kapitalgesellschaften .....	621
1. Funktionsausübung durch Berufsträger .....	621
2. Verfassungswidrigkeit der Mehrheitserfordernisse .....	623
II. Rechtsanwaltsgesellschaft bzw. Patentanwaltsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft .....	627
III. Steuerberatungsgesellschaft und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft .....	628
1. Zulässige Gesellschafter .....	628
2. Geschäftsführung und Vertretung .....	629
3. Firma .....	629
IV. Rechtsanwaltsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft .....	630
V. Übersicht über die wesentlichen Beschränkungen bei Freiberufler-Kapitalgesellschaften .....	631
<b>§ 29 Gründungsprobleme, Ein- und Austritt von Gesellschaftern, Beendigung der Freiberuflerkapitalgesellschaft</b>	
I. Gründungsprobleme der Freiberuflerkapitalgesellschaften .....	634
1. Verwendung einer Vorrats-GmbH bzw. eines GmbH-Mantels .....	634
2. Treuhandkonstruktionen oder Holdingpersonengesellschaften .....	635
3. Bargründung und verdeckte Sacheinlage .....	636
4. Sachgründung .....	636
II. Eintritt und Ausscheiden von Gesellschaftern bei der Freiberuflerkapitalgesellschaft .....	637
1. Abtretung .....	637
2. Teilabtretung .....	637
3. Kündigung, Austritt .....	637
4. Tod .....	641
5. Einziehung .....	641
6. Abfindung .....	642
III. Beendigung der Freiberuflerkapitalgesellschaften .....	642
1. Auflösungsgründe .....	642
a) Gesellschaftsrechtliche Auflösungsgründe .....	642
b) Berufsrechtliche Auflösungsgründe bei der Rechtsanwalts-GmbH/Patentanwalts GmbH .....	642
c) Berufsrechtliche Auflösungsgründe bei der Steuerberatungs-GmbH .....	643

d) Berufsrechtliche Auflösungsgründe bei der Wirtschaftsprüfungs-GmbH .....	643
2. Liquidation .....	643
<b>§ 30 Zivil- und steuerrechtliche Fragen des Rechtsformwechsels (Umwandlung/Umstrukturierung)</b>	
I. Zivilrecht .....	644
1. Der Weg aus der Einzelkanzlei in eine Freiberufler- Personengesellschaft .....	645
2. Der Weg aus der Einzelkanzlei in eine Freiberufler- Kapitalgesellschaft .....	645
3. Der Weg aus der Freiberufler-Personengesellschaft in eine Freiberufler-Kapitalgesellschaft .....	646
4. Zusammenschluss zweier Einzelkanzleien .....	646
5. Zusammenschluss zweier Freiberufler-Personengesellschaften .....	646
6. Zusammenschluss zweier Freiberufler-Kapitalgesellschaften .....	647
7. Spaltung (Realteilung) einer Freiberufler-Personengesellschaft .....	648
8. Spaltung einer Freiberufler-Kapitalgesellschaft .....	648
9. Von der Freiberufler-Kapitalgesellschaft in eine Einzelkanzlei .....	648
10. Von der Freiberufler-Kapitalgesellschaft in eine Freiberufler- Personengesellschaft .....	649
11. Von der Freiberufler-GbR in die Partnerschaftsgesellschaft und umgekehrt .....	650
II. Steuerrecht .....	650
1. Der Weg aus der Einzelkanzlei in eine Freiberufler- Personengesellschaft .....	650
2. Der Weg aus der Einzelkanzlei in eine Freiberufler- Kapitalgesellschaft .....	650
3. Der Weg aus der Freiberufler-Personengesellschaft in eine Freiberufler-Kapitalgesellschaft .....	651
a) Umwandlung durch Formwechsel .....	651
b) Einzelrechtsnachfolge und Einbringung .....	651
c) Umwandlung einer Partnerschaft .....	652
4. Zusammenschluss zweier Einzelkanzleien .....	652
5. Zusammenschluss zweier Freiberufler-Personengesellschaften .....	652
6. Zusammenschluss zweier Freiberufler-Kapitalgesellschaften .....	653
7. Spaltung (Realteilung) einer Freiberufler-Personengesellschaft .....	654
8. Spaltung einer Freiberufler-Kapitalgesellschaft .....	655
9. Von der Kapitalgesellschaft in eine Einzelkanzlei .....	655
10. Von der Kapitalgesellschaft in eine Freiberufler- Personengesellschaft .....	656
11. Von der Freiberufler-GbR in die Partnerschaftsgesellschaft und umgekehrt .....	656
<b>§ 31 Überblick Steuerrecht der Freiberufler Kapitalgesellschaft</b>	
I. Steuerliche Aspekte bei der Gründung .....	657
1. Allgemeines, Anzeige- und Meldepflichten .....	657
2. Einbringung von Gegenständen (Übersicht) .....	657
3. Grunderwerbsteuer .....	658
4. Umsatzsteuer .....	658
5. Betriebsaufspaltung .....	658
6. Handelsbilanz, Buchführung, Publizitäts- und Prüfungspflichten ..	659

a) Buchführung und Handelsbilanz .....	659
b) Publizitätspflichten .....	659
c) Prüfungspflichten .....	660
II. Laufende Besteuerung der Freiberufler-Kapitalgesellschaft .....	660
1. Körperschaftsteuer der Gesellschaft .....	660
a) Grundsätze .....	660
b) Offene und verdeckte Gewinnausschüttung .....	661
c) § 8a KStG Gesellschafterfremdfinanzierung .....	665
d) Verluste – Mindestbesteuerung .....	666
e) Verlust des Verlustabzugs § 8c KStG .....	666
f) Steuersätze .....	666
2. Einkommensteuer der Gesellschafter und der Geschäftsführer .....	667
a) Abgeltungssteuer – Teileinkünfteverfahren .....	667
b) Bezüge als Geschäftsführer, Vorstand .....	668
c) Gesellschafterdarlehen .....	668
d) Inkongruente Gewinnausschüttung .....	668
3. Gewerbesteuer .....	669
4. Grunderwerbsteuer .....	671
5. Umsatzsteuer .....	672
III. Besteuerung der Beendigung .....	672
1. Veräußerung der Kanzlei, Liquidation .....	672
2. Anteilsverkauf .....	672
3. Erbschaftsteuerrechtliche Anmerkungen .....	673
4. Betriebsaufspaltung .....	673
5. Pensionsanspruch der Gesellschafter-(Geschäftsführer) .....	674
6. Besonderheiten bei weiterem Tätigwerden .....	675
IV. Aufnahme von neuen Partnern .....	675
<b>§ 32 Musterverträge und Mustersatzungen</b>	
I. Mustervertrag der Rechtsanwalts-GmbH .....	676
II. Mustersatzung der Rechtsanwalts-Aktiengesellschaft .....	682
<b>§ 33 Mustervertrag der Steuerberatungs-GmbH.....</b>	689
<b>§ 34 Mustervertrag für Wirtschaftsprüfungs-GmbH.....</b>	693
<b>§ 35 Mustervertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung</b>	
<b>Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft.....</b>	697

## Teil D

### Rechtsanwaltsgesellschaften ausländischer Rechtsform

#### § 36 Limited Liability Partnership (LLP)

A. Einleitung .....	704
B. Die Limited Liability Partnership (UK) .....	705
I. Grundlagen .....	705
1. Gesetzesvorgaben .....	705
2. Gründung .....	705
3. Rechtsnatur .....	706
4. Erscheinungsformen in der Praxis .....	707
II. Auswirkungen des hybriden Charakters .....	707

1. Postulationsfähigkeit .....	707
2. Haftung .....	708
a) Anwendbares Recht .....	708
b) LLP .....	708
c) Mitglieder .....	708
3. Eintragungserfordernis .....	711
a) Registerzuständigkeit .....	711
b) Einzutragender Personenkreis .....	711
c) Hinweiserfordernis .....	712
d) Registerkontrolle in der Praxis .....	712
e) Angaben auf Geschäftsbriefen .....	712
III. Einfluss des Berufsrechts auf die LLP .....	712
1. Vorrang des Berufsrechts .....	712
2. Mitgliederanforderungen .....	713
a) Sozietätsfähigkeit .....	713
b) Gebot der aktiven Berufsausübung .....	713
c) Grenzen der Fremdbeteiligung .....	713
3. Einbringung der Geschäftsanteile einer Partnerschaft .....	713
4. § 52 ABS. 2 BRAO .....	714
5. Einfluss des RDG .....	714
6. Zulassung als Rechtsanwalts-gesellschaft und Versicherungspflicht .....	714
<b>§ 37 Steuerliche Hinweise für international tätige Sozietäten .....</b>	<b>715</b>

## Teil E

### Grundzüge der Bewertung der Freiberufler-Sozietät

#### **§ 38 Die Bewertung einer Freiberuflerpraxis/-kanzlei bzw. einer Freiberuflergesellschaft**

I. Anlässe zur Bewertung .....	719
II. Grundsätzliche Bewertungsmethoden .....	720
1. Der Ertragswert .....	720
a) Zur periodengerechten Ergebnisermittlung .....	722
b) Zum Unternehmerlohn .....	722
c) Ausschüttungsähnliche Entnahmen .....	723
d) Basiszinssatz .....	724
e) Marktrisikoprämie .....	724
f) Ermittlung des Beta-Faktors .....	725
g) Wachstumsabschlag .....	726
2. Umsatzverfahren/Umsatzmultiplikatorverfahren .....	728
3. Nicht betriebsnotwendiges Vermögen .....	730
4. Sonderwerte .....	730
5. Liquidationswert .....	730
6. Substanzwert .....	731
7. Vergleichswert .....	731
8. Modifiziertes Ertragswertverfahren .....	731
III. Nachteile des Umsatzmultiplikatorverfahrens .....	732
IV. Fazit .....	733



**§ 39 Der Berufsträger als freier Mitarbeiter oder Angestellter**

A. Einleitung .....	738
B. Sozietät und weitere Formen beruflicher Zusammenarbeit im arbeitsrechtlichen Zusammenhang .....	741
I. Freiberufliche Organisationsformen und deren Einordnung in die arbeitsrechtliche Betriebs- und Unternehmensebene .....	741
1. Arbeitsrechtliche Terminologie .....	741
2. Berufsrechtliche Formen der (organisatorischen) Zusammenarbeit ..	742
a) Bürogemeinschaft .....	742
b) Berufsausübungsgemeinschaft .....	743
c) Kanzlei und berufliche Niederlassung .....	744
d) Kooperation und EWIV .....	745
3. Einordnung der berufsrechtlichen Organisationsbegriffe in die arbeitsrechtliche Terminologie .....	745
a) Bürogemeinschaft .....	746
b) Berufsausübungsgemeinschaft .....	746
II. Bürogemeinschaft und Sozietät als Arbeitgeber .....	747
1. Allgemeines .....	747
2. Sozietät als Arbeitgeber .....	748
3. Bürogemeinschaft als Arbeitgeber .....	749
III. Zusammenarbeit der Berufsträger in der Sozietät .....	750
1. Begrifflichkeiten .....	750
2. Tätigkeit der Gesellschafter in der Sozietät .....	751
3. Arbeitgeber und Ausübung der Arbeitgeberfunktion .....	753
C. Berufsträger in Arbeitsverhältnis und freiem Mitarbeiterverhältnis mit der Sozietät .....	755
I. Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Berufsträger und Sozietät ....	755
1. Rechtswahl und Typisierungsklauseln .....	757
2. Umwidmung des Vertragsverhältnisses .....	757
3. Abgrenzung zwischen Arbeitsverhältnis und freiem Mitarbeiterverhältnis .....	758
a) Abgrenzung im Allgemeinen .....	758
b) Abgrenzung mit Blick auf Arbeitsverhältnis und freie Mitarbeit von Berufsträgern .....	760
II. Folgen der Qualifizierung als Arbeitnehmer oder freier Mitarbeiter ....	762
1. Rechtsfolgen in sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht .....	762
a) Berufsausübung in Form der abhängigen Beschäftigung .....	762
b) Berufsausübung in Selbständigkeit .....	763
2. Rechtsfolgen in vertragsrechtlicher Hinsicht .....	763
a) Berufsausübung als Arbeitnehmer .....	763
b) Berufsausübung als freier Mitarbeiter .....	764
3. Risiken einer Fehlbehandlung des Tätigkeitsverhältnisses .....	765
a) Auswirkungen auf der Vertragsebene .....	765
b) Auswirkungen auf der sozialversicherungsrechtlichen Ebene .....	767
c) Auswirkungen auf die steuerliche Behandlung .....	768
4. Durchführung eines Statusfeststellungsverfahrens .....	769
III. Auswirkungen des Berufsrechts auf das Arbeits- und Dienstverhältnis	769
1. Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Berufsausübung .....	770

2. Freiheit der Berufsausübung im Angestelltenverhältnis .....	771
a) Tätigkeit außerhalb der Mandatsbeziehung .....	772
b) Unmittelbar mandatsbezogene Tätigkeiten .....	772
IV. Haftungsfragen im Arbeitsverhältnis und freien Mitarbeiterverhältnis .....	776
1. Grundsätze der Arbeitnehmerhaftung .....	776
2. Haftung des Berufsträgers im Arbeitsverhältnis .....	778
a) Haftung im Verhältnis zum Arbeitgeber .....	778
b) Haftung im Verhältnis zum Mandanten .....	784
3. Haftung des Berufsträgers als freier Mitarbeiter .....	786
V. Auftritt im Außenverhältnis .....	787
1. Kanzleischild und Kanzleibriefbogen .....	788
2. Kanzleipflicht angestellter Rechtsanwälte .....	788
3. Vollmachten und Unterzeichnung verfahrensbestimmter Schriftsätze .....	789
D. Schwerpunkte der Vertragsgestaltung mit Berufsträgern .....	790
I. Der Arbeitsvertrag zwischen Sozietät und Berufsträger .....	790
1. Tätigkeitsfeld .....	791
2. Vergütung (Angemessenheitspflicht nach § 26 Abs. 1 BORA) .....	792
a) § 26 BORA .....	792
b) Überstundenvergütung .....	794
c) Erfolgsorientierte Vergütung .....	795
d) Flexibilisierung von Vergütungsbestandteilen .....	795
3. Arbeitszeit .....	796
a) Vertraglich geschuldete Arbeitszeit .....	796
b) Arbeitszeitgesetz .....	796
4. Wettbewerbsverbote im laufenden Arbeitsverhältnis .....	797
5. Wettbewerbsverbote nach beendetem Arbeitsverhältnis .....	798
a) Niederlassungsverbote .....	798
b) Mandantenschutzklauseln .....	799
c) Gewinnabführungs- oder Mandantenübernahmeklausel .....	799
6. Nebenbeschäftigung und Veröffentlichungen .....	800
a) Arbeitsvertraglich .....	800
b) Standesrechtlich .....	801
7. Fortbildungspflichten .....	802
a) Rechtsanwälte .....	802
b) Steuerberater .....	803
c) Wirtschaftsprüfer .....	804
d) Übernahme von Fortbildungskosten durch den Arbeitgeber .....	804
8. Berufshaftpflichtversicherung .....	805
a) Rechtsanwälte .....	805
b) Steuerberater .....	806
c) Wirtschaftsprüfer .....	807
9. Übernahme von Kammerbeiträgen und Beiträgen weiterer Mitgliedschaften .....	807
10. Urlaub .....	808
11. Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall .....	809
12. Nebenpflichten aus dem Arbeitsverhältnis .....	810
13. Regelungen zum Ausschluss des Entstehens von Interessenskonflikten (Regelungen zum Ausschluss von Insiderhandel u. a.) .....	811
a) Verschwiegenheitspflicht .....	811
b) Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen .....	811
c) Sicherstellung der Einhaltung .....	812

14. Regelungen zu Fragen des Aufstiegs (Aufnahme in die Partnerschaft nach „Bewährung“ etc.) .....	813
II. Der freie Dienstvertrag zwischen Sozietät und Berufsträger .....	814
1. Ort der Tätigkeit .....	815
2. Vergütung .....	815
3. Wettbewerbsverbote .....	816
4. Berufs- und sozialrechtliche Besonderheiten .....	816
E. Beendigung von Arbeits- und Dienstvertrag des Berufsträgers .....	817
I. Beendigung durch Kündigung .....	818
1. Formale Anforderungen an eine Kündigungserklärung, Vertretung .....	818
2. Einhaltung der Kündigungsfristen .....	819
3. Allgemeine Unwirksamkeitsgründe einer Kündigung .....	820
4. Anwendungsvoraussetzungen des materiellen Kündigungsschutzes nach dem Kündigungsschutzgesetz .....	821
a) Kleinbetriebsklausel .....	821
b) Sozietät und Kleinbetriebsklausel .....	822
c) Bürogemeinschaft, Gemeinschaftsbetrieb und Kleinbetriebsklausel .....	823
5. Ausgestaltung des materiellen Kündigungsschutzes nach dem Kündigungsschutzgesetz .....	824
a) Verhaltensbedingte Kündigung .....	824
b) Personenbedingte Kündigung .....	825
c) Betriebsbedingte Kündigung .....	829
II. Beendigung durch Befristung und auflösende Bedingung .....	831
F. Kollektives Arbeitsrecht in Sozietäten .....	832
I. Betriebliche Mitbestimmung .....	832
1. Betriebsrat .....	833
2. Sprecherausschuss .....	833
II. Unternehmensmitbestimmung .....	834
1. Unternehmensmitbestimmung in der Freiberufler-AG .....	834
2. Unternehmensmitbestimmung in der Freiberufler-GmbH .....	835
III. Tarifrecht .....	835
G. Vertragsverhältnisse mit Nichtberufsträgern in der Sozietät und Sonderfälle .....	836
I. Rechtsanwalts-, Steuerberater- und Wirtschaftsprüfergehilfen .....	836
II. Beschäftigung von Rechtsreferendaren .....	837
III. Praktikanten und sonstige Beschäftigte .....	837
1. Praktikanten .....	837
2. Auszubildende .....	838
3. Studentische Aushilfen .....	839
IV. Secondments von Berufsträgern .....	840
1. Secondment zum Mandanten .....	840
2. Secondment unter Sozietäten .....	841

## Teil G Berufsrecht

### § 40 Rechtsquellen des Berufsrechts der rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe

I. Deutsches Recht .....	843
II. Europäisches Recht und Umsetzungsgesetze .....	845

**§ 41 Zuordnungssubjekte berufsrechtlicher Pflichten und maßgebliches Berufsrecht**

I. Regelungsadressaten .....	847
II. Maßgebliches Berufsrecht für homogene, interprofessionelle und internationale Sozietäten .....	849

**§ 42 Sozietätsspezifische berufsrechtliche Regelungen**

I. Zusammensetzung, Status und Organisation der Sozietät .....	852
1. Mitglieder der Sozietät .....	852
2. Träger der berufsrechtlichen Zulassung .....	855
3. Unterhalten einer Berufshaftpflichtversicherung .....	856
a) Bezugssubjekt der Versicherungspflicht .....	856
b) Gegenstand und Umfang der Versicherungspflicht .....	857
c) Haftung und Pflichtversicherung in der Sozietät .....	860
4. Verbot der Sternsozietät .....	861
5. Sitz und Zweigstellen .....	862
II. Berufsrechtliche Pflichten innerhalb der Sozietät .....	864
1. Verhältnis der Sozien untereinander .....	864
2. Verhältnis zu Berufsträgern, die keine Sozien sind .....	866
3. Verhältnis zu sonstigem Personal .....	867
4. Sonderfall: Berufsträger, dessen Zulassung wegen Vermögensverfalls bedroht ist .....	868
III. Berufsrechtliche Pflichten im Verhältnis zum Mandanten .....	870
1. Verbot der Wahrnehmung widerstreitender Interessen .....	870
a) Gesetzliche Regelung .....	870
b) Tatbestandliche Voraussetzungen .....	871
c) Sozietätserstreckung des Verbots .....	873
d) Rechtsfolgen .....	877
e) Präventive Maßnahmen .....	878
2. Verbot der Tätigkeit bei Vorbefassung .....	879
3. Weitere Tätigkeitsverbote .....	880
4. Verschwiegenheitspflicht .....	881
a) Gesetzliche Regelung .....	881
b) Tatbestandliche Voraussetzungen .....	881
c) Ausnahmen .....	883
d) Rechtsfolgen .....	884
e) Präventive Maßnahmen .....	884
5. Umgang mit überlassenen Geldern und Vermögensgegenständen sowie mit Handakten .....	885
a) Fremdgeld und andere Vermögensgegenstände .....	885
b) Handakten .....	887
c) Überlassene Unterlagen und Gegenstände .....	887
6. Honorar .....	888
7. Beiordnung .....	888
IV. Umgang mit eingenommenen Honoraren .....	889
1. Gebührenteilung .....	890
2. Gebührenabtretung .....	891
3. Gewinnbeteiligung sozietätsfremder Dritter .....	892
V. Werbeaktivitäten der Sozietät .....	893
1. Bezeichnung und Kundgabe der Sozietät .....	894
2. Berufsbezeichnungen, Zusatzqualifikationen sowie Arbeitsschwerpunkte .....	896

3. Gestaltung der Briefbögen .....	898
VI. Ausscheiden von Soziern und Beendigung der Sozietät .....	898
1. Name der Sozietät .....	899
2. Kundmachen des Ausscheidens bzw. der Beendigung .....	899
3. Auswirkung auf Mandate .....	900
 <b>§ 43 Folgen der Verletzung berufsrechtlicher Pflichten</b>	
I. Zivilrechtliche Haftung .....	902
II. Berufsrechtliche Sanktionen .....	903
1. Zuständiges Aufsichtsorgan bzw. Berufsgericht .....	903
2. Mögliche Sanktionen .....	904
a) Maßnahmen der Kammer .....	904
b) Berufsgerichtliche Maßnahmen .....	905
3. Verfahren bei der Kammer und berufsgerichtliches Verfahren .....	907
a) Verfahren bei der Kammer .....	907
b) Berufsgerichtliches Verfahren .....	908
 Sachregister .....	911